



einzureichen **über den Kreditgeber** an:

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Fuhrberger Straße 5
30625 Hannover

Postfach 61 02 40
30602 Hannover

Finanzierungshilfen des Landes Niedersachsen

Antrag auf Übernahme einer /von Landesbürgschaft(en)

für folgende Kredite

Kreditbetrag

--	--	--	--

Verwendungszweck *)

(Investitionen, Betriebsmittel,
Avale)

--	--	--	--

1 Angaben zum Finanzierungsgeber

Name

--

Anschrift

Straße, Hausnummer / Postfach

PLZ

Ort

--	--	--

2 Angaben zum Antragsteller

Name/Firma

--

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

Anschrift

--	--	--

Rechtsform

--

Gründungsdatum

--

Wirtschafts-ID

--

Umsatzsteuer-ID

--

Anzahl Beschäftigte
bei Antragstellung *)

--

Inhaber/
Anteilseigner *)

Name

Alter

Anschrift

Familienstand

--	--	--	--

--	--	--	--

--	--	--	--

--	--	--	--

Geschäftsführung/
Leitung *)

Name

Alter

Funktion

--	--	--

--	--	--

--	--	--

--	--	--

*) subventionserhebliche Tatsachenangaben (vgl. Seite 4)

3 In den letzten fünf Jahren gewährte oder beantragte öffentliche Kredite, Bürgschaften (auch NBB-Bürgschaften), Zuschüsse usw.:

Beantragt (B) Gewährt (G)	Datum	Art	Höhe (in €)	Verwendung

4 Liegt gegen den Antragsteller bzw. das begünstigte Unternehmen ein Rückforderungsbescheid eines Beihilfegebers vor?

☐

Nein

☐

Ja

Rückforderungsbescheid vom

Rückzahlung erfolgte am

5 Haben bei dem Antragsteller oder dessen Inhabern (Beteiligten) Zwangsmaßnahmen, wie eidesstattliche Versicherungen nach § 807 ZPO, Insolvenzverfahren usw. in den letzten 10 Jahren stattgefunden?

☐

Nein

☐

Ja

Datum

Art der Maßnahme

Stand der Maßnahme

6 Ist in den letzten fünf Jahren ein Steuerstraßverfahren und/oder ein Verfahren wegen einer Wirtschaftsstraftat gegen den Inhaber/die Beteiligten oder Vertreter des Antragstellers eingeleitet oder abgeschlossen worden?

☐

Nein

☐

Ja

Datum

Gegen wen?

Stand des Verfahrens

7 Dem Antrag sind beizufügen:

- 7.1 Registerauszug
- 7.2 Darstellung der Unternehmensentwicklung
- 7.3 *) Darstellung des beruflichen Werdegangs der tätigen Inhaber bzw. Gesellschafter sowie sonstiger in der Unternehmensleitung tätiger Personen
- 7.4 Verträge von Bedeutung (Bspw. Gesellschafts-, Miet- und Pacht-, Leasing-, Lizenz-Verträge)
- 7.5 *) Übersicht über Umfang und Zusammensetzung der Belegschaft, ggf. aufgeteilt nach Betriebsstätten (jeweils zum Schluss der letzten drei Geschäftsjahre und bei Antragstellung)
- 7.6 *) Monatliche Aufteilung der Umsätze der beiden letzten Geschäftsjahre und des lfd. Geschäftsjahres
- 7.7 *) Angaben zum Auftragsbestand bei Antragstellung
- 7.8 *) Bei Investitionskrediten: detaillierte Investitions- und Finanzierungsplanung (für die wesentlichen Investitionen Kostenvoranschläge beifügen)
- 7.9 Ertragsvorschau für das laufende Geschäftsjahr und mindestens für zwei folgende Geschäftsjahre
- 7.10 Finanzplan für das laufende Geschäftsjahr und mindestens für zwei folgende Geschäftsjahre
- 7.11 *) Jahresabschlüsse für die letzten drei Geschäftsjahre und ggf. zeitnaher Zwischenabschluss; vorhandene Prüfungsberichte sind beizufügen
 Sofern nicht im Prüfungsbericht enthalten, Erläuterungen zu folgenden Posten:
 - verbundene Unternehmen, Beteiligungsunternehmen (bei Wesentlichkeit für das Geschäftsmodell des Antragstellers Einreichung des letzten Jahresabschlusses)
 - Zusammensetzung des Eigenkapitals nach Anteilseignern
 - Bankenspiegel, getrennt nach Finanzierungen für Investitionen, Betriebsmittel und Avale
 - Aufstellung über sonstige Vermögensgegenstände und sonstige Verbindlichkeiten (Steuerschulden gesondert erläutern) sowie sonstige Haftungsverhältnisse (Bürgschaften, Garantien usw.)
- 7.12 *) Aufstellung über sonstiges Vermögen, Schulden (Steuerschulden gesondert erläutern) und Haftungsverhältnisse (Bürgschaften, Garantien usw.) des/der Inhaber(s), der Beteiligten und der Ehegatten
- 7.13 Grundbuchauszug zu Betriebsgrundstücken des Antragstellers, soweit sich diese im Eigentum des Antragstellers, deren Inhaber oder Ehegatten befinden, Angaben zum Schätzwert (ggf. Wertgutachten beifügen) und zur Valutierung der Belastungen

8 Liegen die erforderlichen umweltrechtlichen Erlaubnisse vor?

Ja	unbefristet	Befristet bis	
Nein	Wann beantragt		
	Bei Welcher Behörde		

Soweit umweltrechtliche Erlaubnisse befristet erteilt oder nicht erteilt sind, ist eine nähere Erläuterung erforderlich.

*) subventionserhebliche Tatsachenangaben (vgl. Seite 4)

Datenschutzerklärung

Ich/Wir bestätige(n), dass mir/uns die Datenschutzinformationen nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung online (siehe nachfolgende PDF-Dateien) oder als Ausdruck zur Verfügung gestellt wurden.

Datenschutzinformation

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Datenschutzinformation

Niedersächsisches Finanzministerium



Sonstige Erklärung

Ich/Wir erkenne(n) hiermit die zzt. geltenden Allgemeinen Bürgschaftsrichtlinien des Landes Niedersachsen an. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Finanzierungshilfe nicht besteht.

Ich/Wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben sowie der beigefügten Unterlagen und werde(n) diese bei Veränderungen oder Eintritt neuer Umstände unverzüglich ergänzen.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Auskünfte über meine/ unsere rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu erteilen.

Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses gem. § 30 der Abgabenordnung gegenüber den mit dem Bürgschaftsverfahren bzw. mit der Verwaltung von Regressforderungen aus dem Bürgschaftsengagement befassten Stellen. Die Befreiung gilt bis zum Abschluss des Bürgschaftsverfahrens nach Erlöschen sämtlicher Forderungen aus der Bürgschaftsinanspruchnahme.

Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns einverstanden und verpflichte(n) mich/uns zur Zahlung der Prüfungskosten.

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die Prüfungsberichte und alle Unterlagen, die über mich/uns zugänglich werden, dem Lande Niedersachsen oder den von diesem beauftragten Stellen überlassen werden.

Mir/Uns ist bekannt, dass von mir/uns bei Antragstellung ein Antragsentgelt für die Bearbeitung meines/unseres Antrages sowie ein laufendes Verwaltungsentgelt für die Zeit der Inanspruchnahme der Finanzierungshilfe und ggf. ein Bereitstellungsentgelt zu entrichten sind.

Im Fall der Bewilligung der Landesbürgschaft müssen u.a. die folgenden Daten der gewährten Beihilfe zwecks Erfüllung der Transparenz- und Berichtspflichten der Europäischen Kommission in dem zentralen De-minimis-Register („eAidRegister“) veröffentlicht werden: ID-Typ, Begünstigten ID (bspw. Wirtschafts-IdNr, USt-IdNr, St-Nr), Begünstigten-Name, Beihilfebewilligungsdatum, Beihilfebetrag, Wirtschaftszweig /NACE-Code, Beihilfeinstrument, Name Bewilligungs-/ Übergeordnete- Behörde. Das eAidRegister ist so eingerichtet, dass, falls erforderlich, durch Pseudonymisierung spezifischer Einträge auch die Einhaltung der Datenschutzvorschriften der Union gewährleistet ist.

Ggf. werden wesentliche Daten der gewährten Beihilfe (bspw. Name des Beihilfenempfängers, Art des Unternehmens, Beihilfenelement, Tag der Beihilfengewährung, etc.), zwecks Erfüllung von Transparenz- und Berichtspflichten der Europäischen Kommission auch anderswo veröffentlicht (wie z.B. dem Transparency Award Modul "TAM") bzw. werden der Europäischen Kommission zwecks Veröffentlichung zur Verfügung gestellt.

Landesbürgschaften sind Subventionen des Landes. Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass die von mir/uns zu den in diesem Antrag mit *) gekennzeichneten Punkten angegebenen Tatsachen subventionserheblich i.S. des § 264 StGB sind. Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt.

, den

Unterschrift / Stempel

Angaben des Kreditgebers,
der damit zugleich die zzt. geltenden Bürgschaftsrichtlinien des Landes anerkennt:

Höhe der beantragten Ausfallbürgschaft(en)

Zinssatz

Auszahlungskurs

Tilgung Kredit 1

Kredit 2

Kredit 3

Kredit 4

Stellungnahme zum Antrag

Interne Ratignote

Einjahresausfallwahrscheinlichkeit *)

, den

Unterschrift / Stempel

*) subventionserhebliche Tatsachenangaben (vgl. Seite 4)

De-minimis-Erklärung des Antragstellers

im Sinne der EU-Verordnungen für *De-minimis*-Beihilfen

1. Angaben zum Antrag stellenden Unternehmen

Antragsteller:

Anschrift:

2. Definitionen und Erläuterungen

In dieser Erklärung sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die Ihr Unternehmen bzw. Unternehmensverbund als „*ein einziges Unternehmen*“ im laufenden sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren erhalten hat.

Für die Zwecke der De-minimis-Verordnungen sind die Unternehmen als *ein einziges Unternehmen* zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuwählen,
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet.

Im Falle einer *Fusion* oder *Übernahme* müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen in den vorangegangenen drei Jahren gewährt wurden, angegeben werden. Im Zuge von *Unternehmensaufspaltungen* werden die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist dies nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

3. Erklärung

Hiermit bestätige ich, dass ich als „*ein einziges Unternehmen*“ gemäß Punkt 2 in den vorangegangenen drei Jahren:

- Keine ☐
- Folgende Beihilfen im Sinne folgender Verordnungen erhalten bzw. beantragt habe (bitte die beantragten De-minimis-Beihilfen besonders kennzeichnen):
 - **Allgemeine-De-minimis-Beihilfen** im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen¹ bzw. der Verordnung (EG) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf „De-minimis“-Beihilfen², zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2023/2391 der Kommission vom 4. Oktober 2023
 - **Agrar-De-minimis-Beihilfen** im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor³, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2025/1989 der Kommission vom 2. Oktober 2025
 - **Fisch-De-minimis-Beihilfen** im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischereisektor⁴, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2023/2391 der Kommission vom 4. Oktober 2023
 - **DAWI-De-minimis-Beihilfen** im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 2023/2832 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen⁵ bzw. der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen⁶, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2023/2391 der Kommission vom 4. Oktober 2023

Antragsteller und ggf. Unternehmen des Verbundes (gemäß Punkt 2)	Datum Zuwendungsbescheid/ Vertrag	Beihilfegeber	Aktenzeichen	De-minimis-Beihilfen*				Form der Beihilfe (z.B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	Fördersumme in € (z.B. Zuschuss-, Darlehens-, Bürgschaftsbetrag)	Beihilfewert in €
				Allgemeine	Agrar	Fisch	DAWI			

*Bitte kreuzen Sie an, um welche De-minimis-Beihilfen es sich handelt.

¹ Amtsblatt der EU Nr. L vom 15. Dezember 2023

² Amtsblatt der EU Nr. L 352/1 vom 24. Dezember 2013

³ Amtsblatt der EU Nr. L 352/9 vom 24. Dezember 2013

⁴ Amtsblatt der EU Nr. L 190/45 vom 28. Juni 2014

⁵ Amtsblatt der EU Nr. L vom 15. Dezember 2023.

⁶ Amtsblatt der EU Nr. L 114/8 vom 26. April 2012.

Ort, den Datum Stempel/rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers

Ort, den Datum Stempel/rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers